NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE ZEITUNG UNABHÄNGIG-MEINUNGSFREUDIG DIE GROSSE ZEITUNG AN RHEIN UND RUHR EZ · EINZELPREIS 80 PF 1 H 3969 A

FREITAG, 4. OKTOBER 1991 46. JAHRG., NR. 233 / 40. Woche

Die Angriffe auf Ausländer werden immer gewalttätiger

Brandsatz verletzt zwei libanesische Kinder in Hünxe lebensgefährlich

NRZ-Nachrichtendienst

AN RHEIN UND RUHR. Die Welle der Gewalt gegen Ausländer wird immmer brutaler. Im niederrheinischen Hünxe warfen Rechtsradikale gestern einen Brandsatz in ein Ausländerheim, zwei libanesische Kinder erlitten in den Flammen lebensgefährliche Verbrennungen. Die Polizei nahm drei Männer fest.

In NRW registrierte die Polizei seit Mittwoch mindestens neun Übergriffe. So beschossen Unbekannte in Hamminkeln ein Wohnheim für Asylbewerber mit einer Gaspistole, vier Bewohner erlitten Augenreizungen. In Meißen (Sachsen) haben nach der Gründung eines Landesverbandes der Deutschen Volksunion (DVU) Teilnehmer am Abend ein Asylbewerberheim überfallen und eine Frau verletzt. Auch in anderen Bundesländern wurden Ausländer gestern auf offener Straße zusammengeschlagen oder niedergestochen, vielfach Asylbewerber im Schlaf von Brandsätzen überrascht.

Nach Erkenntnissen des Bundesinnenministeriums wurden seit Jahresanfang mehr als 370 Straftaten gegen Ausländer verübt. Die Übergriffe verteilten sich auf ganz Deutschland und hätten ihren Schwerpunkt nicht in Ostdeutschland.

In mehreren Städten kam es zu Demonstrationen gegen die Angriffe auf Ausländer. Zur größten Protestkundgebung kamen in Berlin über 6000 Menschen. Im Anschluß an die Demonstration kam es zu Krawallen. Kundgebungen gab es auch in Leipzig, Frankfurt/Main, Hamburg, Freiburg, Göttingen, Erfurt und Bremen.

Bei den Feierlichkeiten anläßlich des Jahrestages der deutschen Einheit in Hamburg forderte Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU), alle müßten nun Zeichen der Solidarität mit den Zufluchtssuchenden setzen. Kanzler Helmut Kohl (CDU) rief zu Toleranz und Achtung auf und kündigte gleichzeitig ein entschiedenes Vorgehen gegen Asylmißbrauch an.

Kommentar Seite 2
von JOACHIM RINDFLEISCH
Bericht Reportagenseite
von TH. WITTENSCHLÄGER

Bergknappen aus dem Erzgebirge in ihrer traditionellen Tracht waren feierten gestern den Jahrestag der Deutschen Einheit in Hamburg mit. NRZ-Foto: dpa

Am Tag der Einheit Toleranz gefordert

Zentraler Festakt in Hamburg

NRZ-Nachrichtendienst

HAMBURG. Ein Jahr nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands steht die Einheit der Deutschen noch aus. Dieser Leitgedanke bestimmte neben der Mahnung zu gegenseitiger Achtung, Toleranz sowie mehr Solidarität die Politiker-Reden zum ersten Jahrestag der deutschen Einheit.

In der zentralen Feierstunde im Börsensaal der Hamburger Handelskammer rief Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth zu verstärkten Anstrengungen für die Einheit und Solidarität der Deutschen untereinander auf. Sie sprach von „Schatten", die über dem Jahrestag der Vereinigung lägen. „Wir feiern ohne Grenzen, aber das Denken der Deutschen und der Wille zum tatsächlichen Zusammenfinden scheint erneut auf Grenzen zu stoßen." Die Deutschen in Ost und West sollten einander zuhören, statt einander nur zuzuschauen, sollten „einander Zukunft zutrauen, statt uns persönliches oder kollektives Versagen vorzuwerfen".

Kohl hob in einer Fernsehansprache Fortschritte beim Aufbau in den neuen Ländern hervor. Für die große Mehrheit der Ostdeutschen hätten sich schon ein Jahr nach der Wiedervereinigung die Lebensverhältnisse spürbar gebessert. „Wir haben allen Grund zur Zuversicht. Gemeinsam werden wir es schaffen." Wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen seien aber nicht die einzigen Aufgaben, die zu lösen sind. „Noch wichtiger ist es, daß alle Deutschen auch in ihren Herzen und ihren Köpfen die Folgen der Teilung überwinden.

Bundesratspräsident Henning Voscherau (SPD) unterstrich in Hamburg, Hilfsbereitschaft und Solidarität seien die „mindeste Gegengabe dafür, daß wir im Westen auf der besseren Seite der Geschichte leben" durften. „Wir werden noch mehr als bisher zu erbringen haben, durch Verzicht, durch Einsparungen im Westen, durch finanzielle Leistungen der Bürgerinnen und Bürger: Teilen lernen!"

Weizsäcker hatte am Vortag in einer Fernsehansprache betont, die Herstellung gleicher Lebensbedingungen und der Rechtseinheit in Deutschland erfordere noch „gewaltige Anstrengungen". Beide Teile des Landes müßten dem vereinten Deutschland „mit ihrer Geschichte und ihren Lebenserfahrungen" beitreten.

Die Begeisterung für die offiziellen Festlichkeiten hielt sich im Bundesgebiet in Grenzen. Freudenfeste wie beim Fall der Mauer am 9. November 1989 gab es nicht. Viele Bundesbürger zogen es vor, den „Tag der deutschen Einheit" für ein verlängertes Wochenende zu nutzen.

Bericht im Magazin
von THOMAS WOLGAST

Kurz gemeldet

Festnahme im Mordfall Bachtiar

Paris. Im Zusammenhang mit dem Mord am früheren iranischen Ministerpräsidenten Bachtiar wurde der Pariser Sicherheitschef der Fluggesellschaft „Iranair" festgenommen. Er soll an der Einschleusung der Attentäter beteiligt gewesen sein.

Haitis Botschaft in Bonn ist besetzt

Bonn. Aus Protest gegen den Putsch auf Haiti halten fünf Demonstranten aus Haiti und Deutschland die Botschaft des Inselstaates in Bonn besetzt. Nach Polizeiangaben handeln die Besetzer mit Genehmigung des Botschafters.

Die Quoten

Ziehung A: Gewinnkl. 1: 522 671,40; Gewinnkl. 2: 104 534,20; Gewinnkl. 3: 4 429,40; Gewinnkl. 4: 66,20; Gewinnkl. 5: 4,90 DM.

Ziehung B: Gewinnkl. 1: 522 671,40; Gewinnkl. 2: 27 509,00; Gewinnkl. 3: 2 159,70; Gewinnkl. 4: 50,70; Gewinnkl. 5: 4,20 DM.

Ohne Gewähr

Das Wetter

Bewölkt

Anfangs starke, später auflockernde Bewölkung. Kaum Niederschläge. Temperaturen um 14 Grad. Aussichten: kühles Schauerwetter.

Tagesspruch

Es stimmt, daß Geld nicht glücklich macht. Allerdings meint man damit das Geld der anderen.
George Bernhard Shaw, irischer Schriftsteller

Nobelpreis für Literatur an Nadine Gordimer

NRZ-Nachrichtendienst

Stockholm. Der Nobelpreis für Literatur ist der weißen südafrikanischen Schriftstellerin und Apartheidgegnerin Nadine Gordimer (67) zuerkannt worden. Nadine Gordimers anfangs allgemein sozialkritischen Werke verdichteten sich mehr und mehr zur konkreten Anprangerung des Rassismus in Südafrika. Ihre Vision ist das gleichberechtigte Zusammenleben von Schwarz und Weiß.

Würdigung Kulturteil

Heute wieder:

BWZ TV-Magazin

Wirtschaftsseite:

Schatten über Treuhand-Bilanz

Gerüchte um Ungereimtheiten bei einem Geschäft mit einem Teltower Werk.

Allen Grund zum Feiern hatte gestern der kleine Jakob Schirmer aus Schildow bei Berlin. Punkt 0.00 Uhr am 3. Oktober 1990 war er per Kaiserschnitt geboren worden – und ging damit als das „Einheitsbaby" in die Annalen ein. Gestern gab's die erste Geburtstagstorte. NRZ-Foto: dpa

Häfen an der Adria blockiert

Staatspräsidium entmachtet Parlament

NRZ-Nachrichtendienst

ZAGREB. Die jugoslawische Armee hat trotz einer seit drei Tagen andauernden Offensive gegen Kroatien bisher keine militärische Entscheidung erzwingen können. Sie setzte gestern die Seeblockade gegen sieben Hafenstädte wieder in Kraft.

Gestern abend hat das Staatspräsidium mit den Stimmen des serbischen Lagers (die anderen Mitglieder der kollektiven Staatsführung waren nicht anwesend) das Bundesparlament entmachtet. Unter anderem übernahm das Rumpfpräsidium das Recht auf Ernennung und Entlassung der Bundesregierung.

- Angesicht des Unabhängigkeitswillens Sloweniens müssen nach Ansicht Frankreichs „juristische Wege" gefunden werden, um „die Verbindungen" zwischen Ljubljana und Belgrad zu lösen. Das erklärte Außenminister Dumas gestern anläßlich eines Besuchs des slowenischen Präsidenten Kucan in Paris.
- Bundesaußenminister Genscher sieht in Jugoslawien einen „Militärputsch" als gegeben an. Die Armeeführung entziehe sich der Kontrolle der Politik.

Bericht Seite 2

Enge Beziehungen der Nato zum Osten geplant

Gemeinsame Erklärung der Außenminister Baker und Genscher

NRZ-Nachrichtendienst

WASHINGTON. Die Außenminister der USA und Deutschlands, James Baker und Hans-Dietrich Genscher, wollen mit den anderen Bündnispartnern „neue institutionelle Beziehungen der Nato zu den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa und der Sowjetunion" entwickeln. Das ist der Kern einer „gemeinsamen Erklärung", die beide am Mittoch in Washington abgaben.

Die Erklärung umfaßt folgende Punkte, die auf dem Nato-Gipfel im November in Rom „ernsthaft" erwogen werden sollen:

- Regelmäßige Treffen zwischen den 16 Bündnispartnern und den „Liaisonländern", vielleicht als „Nordatlantischer Kooperationsrat".
- Periodische Teilnahme der „Liaisonländer" an den Treffen des Politischen und Wirtschaftsausschusses der Nato sowie an den Sitzungen der Beratergruppe für atlantische Politik sowie eine regelmäßige Teilnahme an den Planungssitzungen der Nato zum Zivilschutz.
- Förderung eines neuen zivilen und militärischen Austausches zur Aufnahme westlicher Vorstellungen über zivil-militärische Beziehungen.
- Nato-Informationsbüros in den östlichen Hauptstädten.
- Angebot an die „Liaisonländer" für Planung gemeinsamer Aktionen zur Katastrophenhilfe und die Versicherung, „daß die Nato die KSZE bei der Bewältigung dieser und anderer neuer Sicherheitsanforderungen in Europa unterstützen wird.
- Vorrangige Prüfung der Frage, welchen Beitrag die Nato zur Umstellung der Verteidigungsindustrien auf zivile Produktion in den aufstrebenden Demokratien leisten kann.

Lieferte Südafrika dem Irak Atomfabrik?

„New York Times" behauptet: Anlage mit modernster deutscher Technologie

Von NRZ-Korrespondent WALTER PFÄFFLE

NEW YORK. Der Irak versteckt vermutlich eine vierte Uran-Anreicherungsanlage. Die Sonderkommission der Vereinten Nationen, die den Auftrag hat, die Massenvernichtungswaffen des Irak aufzuspüren, verfügt Berichten der „New York Times" zufolge über Beweise, daß eine solche Anlage existiert.

Die Anlage sei dafür bestimmt, Atom-Sprengstoffe zu produzieren. Es soll sich um modernste Technologie handeln, die angeblich von zwei deutschen Unternehmen entwickelt wurde. Sie werde derzeit in den beiden Uran-Anreicherungsanlagen Südafrikas genutzt, meldet das Blatt. Beamte der UNO-Kommission wollen jetzt dem Verdacht nachgehen, ob der Irak die Anlage mit Hilfe Südafrikas erhalten hat.

- Seit gestern setzen die UNO-Inspektoren in Irak auch Hubschrauber bei ihrer Suche nach Waffenfabriken ein. Die drei Helikopter werden von der Bundeswehr gestellt.

Anzeige

Keine Beratung und kein Verkauf außerhalb der Geschäftszeiten.